

SJD / Standesbegehren Egger-Berneck (31 Mitunterzeichnende) vom 11. Juni 2018

Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Antrag der Regierung vom 14. August 2018

Nichteintreten.

Begründung:

Mit dem Standesbegehren wird verlangt, das Schweizerische Strafgesetzbuch (SR 311.0; abgekürzt StGB) dahingehend zu ändern, dass die Verjährungsfrist für lebenslange Strafen von 30 Jahren auf unverjährbar angehoben wird. Damit würden neu Mord (Art. 112 StGB), qualifizierte Geiselnahme (Art. 185 Ziff. 3 StGB) und schwere Fälle von Angriffen auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Art. 266 Ziff. 2 Abs. 2 StGB) unverjährbar.

Das Institut der strafrechtlichen Verjährung ist in den meisten Rechtsordnungen vorgesehen. Es beruht in erster Linie auf dem Recht auf Vergebung und Vergessen und auf die heilende Wirkung des Zeitablaufs. Als Sinn der Verjährung wird ferner der Ansporn der Strafverfolgungsbehörden zu raschem Handeln genannt. Insbesondere sprechen auch praktische Gründe für Verjährungsfristen. Je mehr Zeit zwischen dem Zeitpunkt der Tat und der Eröffnung des Strafverfahrens verstreicht, desto schwieriger sind die Beweiserhebung und die Aufklärung des Sachverhalts, was die Gefahr von Fehlurteilen erhöht. Im Gegensatz zum dauerhaften Grundsatz der Verjährung sind die konkreten Verjährungsfristen vom Zeitgeist beeinflusst.

Es herrscht heute breite Übereinstimmung, dass bestimmte Straftaten von diesen Überlegungen ausgenommen und somit unverjährbar sind. So bestimmt Art. 29 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (SR 0.312.1), dass die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes unterliegenden Verbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen) nicht verjähren. Mit Bezug auf die Unverjährbarkeit anderer Straftaten bestehen jedoch durchaus unterschiedliche Auffassungen: In der Schweiz sind sexuelle Handlungen mit Kindern unter zwölf Jahren unverjährbar (Art. 101 Abs. 2 StGB), in Deutschland sind Verbrechen nach § 211 (Mord) unverjährbar (§ 78 Abs. 2 D-Strafgesetzbuch) und in Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein verjähren strafbare Handlungen, die mit Freiheitsstrafe von zehn bis zu zwanzig Jahren oder mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, nicht, wobei allerdings 20 Jahre nach der Tat nur noch eine Höchststrafe von 10 bis 20 Jahren verhängt werden kann (§ 57 Abs. 1 Ö-Strafgesetzbuch, § 57 Abs. 1 FL-Strafgesetzbuch).

Die Regierung sieht keine Notwendigkeit, die Verjährungsfrist für Taten, für die als Höchststrafe eine lebenslängliche Freiheitsstrafe vorgesehen ist, von 30 Jahren auf «unverjährbar» anzuheben. Aus diesem Grund beantragt sie Nichteintreten.